

Antrag

der AfD-Fraktion

Ausstieg aus dem Verbrennerverbot

Der Landtag stellt fest:

Das von der Europäischen Union beschlossene Verbot der Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab 2035 schadet und gefährdet in erheblichem Maße die wirtschaftliche, soziale und ökologische Balance in Deutschland und Brandenburg.

- Die industrielle Basis in Deutschland und Brandenburg wird dadurch mutwillig geschwächt, da zentrale Produktionszweige und Wertschöpfungsketten unter Druck geraten. Bereits heute führt die einseitige politische Weichenstellung zum Abbau zahlreicher Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie. Allein im vergangenen Jahr sind in der deutschen Autoindustrie rund 51 500 Arbeitsplätze verloren gegangen – das entspricht fast sieben Prozent aller Stellen in dieser Branche. Die Automobilindustrie ist damit einer der Hauptverursacher der 114 000 Industrie-Jobs, die insgesamt in diesem Zeitraum gestrichen wurden. Diese Entwicklung zeigt bereits heute das drastische Ausmaß der Arbeitsplatzzerstörung.¹ In Brandenburg steht das Mercedes-Werk in Ludwigsfelde mit Auslaufen der Sprinterfertigung auf der Kippe, aktuell gibt es bereits Entlassungen, dazu Entlassungen bei Scheffler und ZF in Brandenburg a.d.H. als großen Automobilzulieferern in Brandenburg und weiterer kleinerer Betriebe.
- Der Landtag betont, dass ein Verbrennerverbot einen massiven Eingriff in die individuelle Freiheit und Mobilität darstellt, Arbeitsplätze gefährdet, die Wertschöpfung mindert und die Innovationskraft in Brandenburg schwächt.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen politischen Ebenen – insbesondere gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Institutionen – entschieden für den Ausstieg aus dem geplanten Verbrennerverbot ab 2035 einzusetzen.
2. sich nachhaltig für den Erhalt unserer Automobilindustrie samt Zulieferer sowie der entsprechenden Arbeitsplätze einzusetzen.

¹ Vgl. <https://www.automobil-industrie.vogel.de/deutsche-industrie-krise-jobverluste-a-28e3d31f7858cd43b68b838d9df3aa2a>, abgerufen am 08.09.2025.

Begründung:

Das EU-weite Verbrennerverbot ab 2035 ist ein massiver Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger sowie in die wirtschaftliche Substanz des Landes. Es gefährdet Brandenburgs industrielle Arbeitsplätze, verteuert die Mobilität für Millionen Menschen und benachteiligt besonders den ländlichen Raum.

Ein aufschlussreiches Zeichen für damit zusammenhängende Fehlentwicklungen ist die massive Ausweitung der Präsenz von chinesischen Automobilherstellern auf der diesjährigen IAA mit einer Vielzahl von neuen – i. d. R. elektrisch betriebenen – Modellen. Der Beginn oder bereits das Ende der Übernahme der Weltmärkte von den deutschen Automobilherstellern durch die chinesische Automobilindustrie? Damit droht eine Kernindustrie der deutschen Wirtschaft samt ihrer vielen Arbeitsplätze unterzugehen.

Gerade im ländlichen Raum, wo alternative Mobilitätsformen nur eingeschränkt verfügbar sind, ist das Festhalten am Verbrennungsmotor eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ein Verbrennerverbot würde viele Bürgerinnen und Bürger vom Auto als unverzichtbarem Alltagsmittel ausschließen oder sie finanziell überfordern.

Für die Bürger bedeutet das geplante Verbot eine deutliche Verteuerung der individuellen Mobilität sowie eine Einschränkung ihrer Wahlfreiheit. Besonders betroffen wären Brandenburgs 78 Prozent Kleinstunternehmen, das Handwerk und das Kleingewerbe, die durch die hohen Energiekosten ohnehin schon stark belastet sind.

Darüber hinaus droht ein innovationsfeindlicher Effekt: Statt technologische Entwicklungen voranzutreiben, werden alternative Antriebsmöglichkeiten wie synthetische Kraftstoffe, Wasserstoff oder moderne Verbrennungstechnologien ins Abseits gedrängt. Damit wird nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit geschwächt, sondern auch die Chance verspielt, alternative Technologien auf breiter Basis zu ermöglichen.

Statt auf einseitige Vorgaben zu setzen, braucht es technologische Offenheit: Synthetische Kraftstoffe und neue Motorentechnologien eröffnen die Chance, klimaneutrale Mobilität auch mit bestehenden Fahrzeugflotten und Tankstellen zu erreichen und damit für den Normalbürger und unsere Kleinstunternehmen in Brandenburg bezahlbar zu machen. Ein kategorisches Verbot des Verbrennungsmotors verhindert Innovation, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und verschiebt Wertschöpfung und Arbeitsplätze in andere Regionen der Welt.

Technologieoffenheit ist auch der Schlüssel zu nachhaltiger und bezahlbarer Mobilität. Nur durch die gleichberechtigte Förderung von Elektromobilität, Wasserstoff, synthetischen Kraftstoffen und modernisierten Verbrennungstechnologien kann eine nachhaltige Industrie- und Energiepolitik entstehen, die Innovation fördert, Arbeitsplätze sichert und die wirtschaftliche Stabilität gewährleistet.

Das Land Brandenburg muss deshalb klar Position beziehen: gegen ein Verbot, für Wahlfreiheit und für eine zukunftsorientierte, technologieoffene Mobilität.